

**Niederschrift über die Sitzung des
Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am 26. März 2012**
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

Die Mitglieder des VSKA: Kreisräte/innen:

Fabriz, Häußermann, Dr. Ketterer, Kölz, Metzger, Sczuka, Wersch (bis 17:55 Uhr)	(CDU)
Fokken, Hestler, Kaufmann, Möhrle	(SPD)
Brischke, Haußmann, Lenk (bis 17:55 Uhr), Meßmer	(FDP-FW)
Häuser, Hesky, Jasper, Ostfalk	(Freie Wähler)
Besa, Fauth-Rank	(GRÜNE)

Die stv. Ausschussmitglieder: Kelemen (SPD)

Ferner:

Erster Landesbeamter Friedrich	
Kreiskämmerer Geißler	
Dezernent Bauer	
Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin	
Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken	(Top 2)
Hr. Wahl, Projekt Lernen vor Ort	(Top 1)
Hr. Klenk, Breuninger Stiftung	(Top 1)
Hr. Rosenberger, GB Jugend	(Top 3)

Weitere Mitarbeiter

Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 16:00 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 16:05 Uhr

Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 18:20 Uhr

§ 1

Bildungsbericht für den Rems-Murr-Kreis

(Drucksache 2012-5-VSKA26.03.)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und legt einleitend dar, am Projekt Lernen vor Ort würden sich bundesweit 40 Kommunen beteiligen. Ziel sei, die Kommunale Bildungslandschaft systematisch auf dem Prüfstand zu stellen und die Bildungsangebote besser zu vernetzen. Partner sei unter anderem die Breuninger-Stiftung. Am Ende der ersten Förderperiode solle nun ein Sachstandsbericht abgegeben werden. Hierzu verweise er auch auf den vorgelegten Bildungsbericht.

Herr Wahl, Projektleiter „Lernen vor Ort“, erläutert die Drucksache 2012-5 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Der Bildungsbericht stelle eine Analyse der Bildungslandschaft und eine Entscheidungsgrundlage dar. Die aus dem Bildungsbericht gewonnenen Erkenntnisse sollen zu einem Bildungsplan zusammengefasst werden. So gehe es in einem weiteren Schritt um Verbesserungen bei der Bildungsberatung in der Weiterbildung sowie z. B. hinsichtlich des Jubiläums von der Grundschule und der Berufsorientierung.

Herr Klenk, Breuninger-Stiftung, begründet die Motivation für die Unterstützung von Lernen vor Ort. Das Projekt biete einen interessanten Ansatz dafür Menschen zu erreichen, die bisher wenig bildungsaffin seien. Da die Bildungslandschaft sehr zersplittert sei, stelle der Runde Tisch zudem eine gute Möglichkeit zur Vernetzung dar.

Kreisrat Hestler bedankt sich für den detaillierten Bericht, auch wenn für ihn persönlich keine besonderer Erkenntniszuwachs ersichtlich sei. Die entscheidende Frage sei, ob die Weiterführung des Projektes unterstützt werde und ob eine kreisweite Bildungsplanung sinnvoll sei. Hier sollte mit den Kommunen geklärt werden, was sie vom Kreis erwarten würden.

Kreisrat Lenk erklärt, der Bericht zeige einige bemerkenswerte Trends und Erkenntnisse auf. Er spreche sich dafür aus, das Hauptaugenmerk auf die berufliche Bildung zu legen. Es sei zwar zufriedenstellend, dass es hier ein relativ gutes Ausgangsniveau gebe, zu beachten sei jedoch auch die wachsende Zahl an Privatschulen. Grundsätzlich sei Konkurrenz belebend, Bildung dürfe jedoch nicht vom Geldbeutel abhängen, zumal private Einrichtungen teurer seien. Nachdem sich herausgestellt habe, dass der Rems-Murr-Kreis beim zweiten Bildungsweg unterrepräsentiert sei, rege er

an, das Thema mit den Kammern zu erörtern. Er befürworte eine Vernetzung der Beratungsangebote, da diese oftmals nicht bekannt seien.

Kreisrätin Fauth-Rank nimmt Stellung für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen und legt dar, der Bildungsbericht biete einen strukturierten Überblick und zeige Defizite auf. So müssten die Plätze an den beruflichen Gymnasien erhöht werden. Aufgefallen sei auch die hohe Auflösungsquote von Ausbildungsverträgen über dem Landesdurchschnitt. Es sei zu begrüßen, dass die Bereiche Gesundheit und soziale Kompetenzen ausgebaut werden sollen. Positiv sei auch eine Verknüpfung der Akteure für lebenslanges Lernen. Vermisst habe sie das Thema An-alphabetismus.

Kreisrat Sczuka erklärt, auch wenn es nicht um einen Bildungsplan für den Rems-Murr-Kreis gehe, gebe es viele Akteure im Bildungsbereich im Rems-Murr-Kreis die zusammengeführt werden müssten. Wenn das Projekt jetzt nicht fortgeführt werde, bleibe nichts außer Papier. Insofern spreche er sich für eine Fortsetzung aus, zumal es auch weiter gefördert werde. Ihn interessiere, ob die Zahl der Schüler ohne Schulabschluss bekannt sei.

Kreisrat Häuser bekräftigt eine intensive Beteiligung der Kommunen.

Kreisrat Ketterer erklärt, Weiterbildung hänge von Motivation und den entsprechenden Angeboten ab. Er bitte um Auskunft, ob es schon Aussagen zu Teilnehmerzahlen in Abhängigkeit von den Angeboten und vom Marketing gebe.

Herr Wahl nimmt Stellung zu den Redebeiträgen und antwortet, die Kommunen seien bereits eingeladen worden und die handelnden Bildungsanbieter seien auch bereits aktiv gewesen. Bei den Zahlen zu den Schulabgängern seien Diskrepanzen festgestellt worden, weshalb dies vertieft untersucht werden müsse. Auch wenn vorrangig das Land und die Kommunen für die Bildung zuständig seien, gehe es darum, die Beteiligten im Kreis zusammenzubringen und zu vernetzen.

Nach kurzer weiterer Beratung nimmt der Ausschuss den Bildungsbericht für den Rems-Murr-Kreis zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Schulen, Bildung, Kultur

§ 2

Bericht zur betrieblichen Entwicklung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH

Geschäftsführer Winter gibt einen Bericht zur aktuellen Entwicklung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH ab. Die zugehörige Präsentation, ist dem Original der Niederschrift beigelegt.

Er hebt hervor, dass bei der Verweildauer erstmals eine 5 vor dem Komma stehe, was eine sehr positive Entwicklung darstelle. Der Case Mix Index habe sich ebenfalls weiter konsolidiert. Bei den DRGs sei man 2011 wieder auf den Stand des Jahres 2009 gelangt. Geschäftsführer Winter erläutert die Entwicklung in den einzelnen Häusern sowie bei den Vollkräften. Hier seien Zahlen zurückgegangen, was auch daran liege, dass die Stellen zum Teil nicht besetzt werden könnten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zu betrieblichen Entwicklung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 2

1 Rems-Murr-Kliniken

§ 3

Bericht über offene Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Rems-Murr-Kreis:

Antrag der FDP-FW-Fraktion

(Drucksache 2012-6-VSKA26.03.)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin erläutert die Drucksache 2012-6 anhand einer Präsentation die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Die rechtlichen Grundlagen für die öffentlich-rechtlichen sowie die privatrechtlichen Forderungen finden sich in den Sozialgesetzen sowie im BGB und in Spezialgesetzen wie dem Unterhaltsvorschussgesetz. Wichtig dabei sei eine Gleichbehandlung aller Bürger, soziale Gerechtigkeit und Solidarität. Als Ziel werde eine möglichst vollständige und zeitnahe Realisierung aller Forderungen, die Vermeidung von Leistungsfällen und eine Ausgabenreduzierung verfolgt. Fr. Dr. Längle-Sanmartin erläutert die unterschiedlichen Beitriebsmaßnahmen im Geschäftsbereich Soziales. Hier gehe es um Unterhaltsansprüche nach bürgerlichem Recht z. B. bei der Unterbringung der Eltern im Pflegeheim. Beim Kreisjugendamt handle es sich vorrangig um Unterhaltsansprüche für minderjährige Kinder sowie um die Rückforderung von Unterhaltsvorschüssen. Hinzu komme der Bereich Unterhalt und Beitreibung im Jobcenter.

Kreiskämmerer Geissler erläutert die allgemeinen Beitriebsmaßnahmen für öffentlich-rechtliche Forderungen z. B. Abfallwirtschaftsgebühren oder Gebühren der Kfz-Zulassungsbehörden sowie sonstige Bußgelder und Gebühren. Er präsentiert die jeweiligen Erfolgsquoten. Erfolgreich sei auch die Verweigerung der Kfz-Zulassung.

Kreisrätin Meßmer bedankt sich für die Aufarbeitung des Antrags der FDP-FW-Fraktion. Sie bitte nochmals um Erläuterung der Außenstände beim Unterhaltsvorschuss.

Herr Rosenberger, Kreisjugendamt antwortet, die 6,1 Mio. EUR würden die Gesamtheit der Forderungen bei Unterhaltsvorschuss darstellen. Da oftmals nur in kleinen Beträgen zurückgezahlt werde, ergebe sich eine hohe Restforderung.

Kreisrätin Möhrle erklärt, die erzielten Rückforderungen beim Unterhaltsvorschuss müssten als Erfolg gewertet werden. Positiv sei auch, dass durch die zusätzliche Stellenschaffung die Rückgriffsquote erhöht worden sei. Beim Jobcenter sei als Problem erkennbar, dass bei Auskunftssuchen nur

unzureichend geantwortet werde. Sie bitte um Auskunft, ob dies mit den Leistungen verknüpft werden könne. Im Übrigen sei sie gegen ein Outsourcing im Unterhaltsvorschuss.

Geschäftsbereichsleiterin Bittinger antwortet, beim Jobcenter sei der Auskunftspflichtige gleichzeitig Leistungsberechtigter. Insofern bestehe hier keine Möglichkeit zu sanktionieren.

Geschäftsbereichsleiterin Bittinger antwortet auf Frage von Kreisrat Hesky nach dem Stand des beantragten Sozialhilfegutachtens mit den großen Kreisstädten, dass der Landkreis angeschrieben worden sei in die Erstellung eines entsprechenden Gutachtens mit einzusteigen, eine vertiefende Zusammenarbeit sei jedoch bis jetzt nicht besprochen worden.

Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin weist ergänzend darauf hin, dass momentan hierzu recherchiert und dann im Sozialausschuss berichtet werde.

Kreisrat Sczuka weist darauf hin, dass die Veränderung der familiären Strukturen zunehmend dazu führe, dass die Allgemeinheit z. B. die Heimkosten mitzutragen habe. Hinzu komme, dass man im Prinzip benachteiligt sein könne, wenn eigene Vorsorge betrieben wurde. Auch innerfamiliär führe dies zu ungerechten Unterhaltsverpflichtungen.

Nach kurzer weiterer Beratung nimmt der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat IV
1 GB Soziales
1 GB Finanzen

§ 4

Spendenbericht

(Drucksache 2012-7-VSKA26.03.)

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Annahme der in der Anlage zu Drucksache 2012-VSKA26.03. aufgeführten Spenden und Zuweisungen wird zugestimmt.

Auszüge:

1 GB Finanzen



§ 5

Verschiedenes

Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ erfolgten keine Wortmeldungen.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Thomas Hasert